

Freie Wähler Lonnerstadt e.V.



Newsletter aus dem Gemeinderat

24.12.2021

Liebe Lonnerstadterinnen und Lonnerstadter,

zum Abschluss des Jahres möchte ich euch über die letzten zwei Gemeinderatsitzungen informieren.

Ich wünsche euch auch auf diesem Wege schöne Feiertage und einen guten Rutsch sowie Gesundheit für euch und euere Familien im Neuen Jahr 2022. Lasst euch von den Umständen nicht ärgern, es bleibt uns sowieso nichts anderes übrig als uns hier durchzubeißen und das Beste daraus zu machen.

Viele Grüße an euch sendet

Volkmar Raber

In der **Marktgemeinderatsitzung am Montag, den 08.11.2021** befassten wir uns mit folgenden Punkten.

Bauanträge

Folgendem Bauantrag stimmten wir nach entsprechender Planeinsicht zu. Dieser wird nun an das Landratsamt weitergeleitet und dort baurechtlich geprüft.

- Isolierte Befreiung; Errichtung einer Terrassenüberdachung auf Fl. Nr. 663, Gemarkung Fetzelhofen

Zum Punkt Bauleitplanungen der Gemeinde lagen keine Sachverhalte vor und auch zum Punkt Bauleitplanungen von Nachbarkommunen lagen keine Anträge zur Abgabe von Stellungnahmen vor.

Der nächste Tagesordnungspunkt war Bebauungsplan Nr. 19 "Edelgraben I und II"; Aufstellungsbeschluss, Billigung und Weiterführung des Verfahrens. Diesen Punkt mussten wir vertagen, da der Planer mit dem Planentwurf nicht fertig geworden war.

Damit waren wir beim Aufstellungsbeschluss Ergänzungssatzung "Mailach" gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB; Aufstellung, Billigung und Weiterführung des Verfahrens angelangt.

Im Bereich der Fl. Nr. 171/1 Gemarkung Mailach sollen zwei Baugrundstücke zur Wohnbebauung entstehen. Zuerst stimmten wir zu, dass die entsprechende Ergänzungssatzung aufgestellt werden kann. Danach stimmten wir dem Planentwurf zu und beauftragten die Verwaltung mit der Weiterführung des Verfahrens.

Danach kam mein Antrag auf Akteneinsicht zum Bürgerantrag zur Errichtung einer Bushaltestelle in der Mühlgasse zur Abstimmung.

Norbert Stoll erklärte uns, dass wir diesen Antrag einsehen können, um diesen zu prüfen. Die Mehrheit der Räte waren dafür. Somit kam es zur Abstimmung die dann 12 : 1 ausging... wer hier wohl wollte, dass wir das nicht sehen? (Naja egal...wir haben uns daran gewöhnt)

Nach der Prüfung stellten wir fest, dass der Antrag zugelassen werden kann, was wir anschließend dann einstimmig taten.

Nächster Punkt war der Bürgerantrag vom 06.09.2021 – Änderung der Vergabepraxis für Gemeindegrundstücke. Mit dem Bürgerantrag wird die Änderung der aktuellen Vergabepraxis der Gemeinde beim Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken an den Bürgermeister und Gemeinderäte sowie deren Angehörige beantragt. Weiterhin wird beantragt, dass gemeindeeigene Grundstücke künftig regelmäßig öffentlich ausgiebig werden, damit auch alle Bürger Lonnerstadts sowohl Kenntnis davon als auch Zugang zu gemeindeeigenen Grundstücken erhalten.

Hier gab es eine ellenlange Erklärung der Verwaltung zu dem Vorgang... könnt ihr gerne im offiziellen Protokoll auf der Gemeindehomepage nachlesen.

Die Verwaltung stellte fest, dass es für Bürgermeister und Gemeinderäte sowie deren Angehörige keine eigene Vergabepraxis der Gemeinde beim Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken gibt. Bisher wurden alle Grundstücksverkäufe nach dem gleichen Verfahren behandelt, unabhängig davon, wer letztlich Vertragspartner der Gemeinde gewesen war. Die im Bürgerantrag vorgebrachte Behauptung ist insofern falsch.

Wir werden hier aber trotzdem für die Zukunft schriftliche, nachvollziehbare Richtlinien erarbeiten und beschließen, schon alleine deshalb um uns nicht angreifbar zu machen.

Denn wir leben aktuell in einer sehr „kritikfreudigen“ Zeit, in der leider schon das bloße Behaupten möglicher Verfehlungen zu Schäden im Ansehen von handelnden Personen führen kann (Stichwort „Querdenker“). Ob diese Behauptungen letztlich richtig oder falsch sind, spielt dabei nämlich leider oft gar keine Rolle.

Daher wurde beschlossen, Beschlussgrundlagen für die Vergabe von Gemeindegrundstücken auszuarbeiten und bei der Bürgermeisterin einzureichen.

Zukünftig wird auch vorgesehen immer den Käufer von Gemeindegrundstücken zu benennen und auch den Verkaufspreis zu veröffentlichen. (Auf diesen Sachverhalt wird dann bereits in der Ausschreibung bzw. zu Beginn der Verhandlungen hingewiesen.)

Wie gesagt, Details bitte im offiziellen Protokoll auf der Gemeindehomepage nachlesen. Allein zu diesem Punkt sind 4 komplette Seiten niedergeschrieben.

Punkt 8 war dann der Beschluss eine Vollmitgliedschaft beim Bayerischen Städtetag zu beantragen. Es stellte sich während der Schnuppermitgliedschaft heraus, dass dies eine sinnvolle Ergänzung zum Bayerischen Gemeindetag zum Zweck der Informationsbeschaffung darstellt.

Als nächstes beschlossen wir, die Beschaffung eines Mehrzweckfahrzeuges für die FFW Lonnerstadt. Das alte Fahrzeug ist EZ 1993 somit kurz vor dem 30. Geburtstag. Das neue Fahrzeug soll ein Mercedes Sprinter sein. Kosten für dieses Fahrzeug sind ca. 65.000 Euro. Davon sind 16.300 Euro förderfähig und der Feuerwehrverein Lonnerstadt hat bereits beschlossen, bei der Anschaffung 20.000- Euro zuzuzahlen (Ich finde es echt bemerkenswert was die Truppe leistet!). Somit bleiben bei der Gemeinde nur noch ca. 29.000 Euro.

Dann waren wir beim Punkt Bekanntgaben aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung.

Regina informierte über die Vergaben von Fremdwassermessungen, von Einrichtungen des Kindergartens und Vergaben von Planungsleistungen wegen dem Nahwärmenetz.

Aus den allgemeinen Bekanntgaben habe ich mir gemerkt, dass für die Herstellung des behindertengerechten Zugangs zum Schulhaus in Mailach, Spenden in Höhe von insgesamt 9.500 Euro eingegangen sind. Respekt!

Auch sind die „30er“-Schilder da und werden Ende November aufgestellt (was mittlerweile auch erfolgt ist 😊)

So, das wars vom 08.11....

Nächste Seite die dazugehörigen Zeitungsberichte

GEMEINDERAT

Bürgerinitiative beantragt eine weitere Bushaltestelle und wirft damit viele Fragen auf

VON MAX DANHAUSER EW SEGER

LONNERSTADT – „Dafür hätte es keinen Bürgerantrag gebraucht“, sagte Lonnerstadter Bürgermeisterin Regina Bruckmann im Gespräch mit dem FT. In der Gemeinderatssitzung galt es, einen Bürgerantrag auf eine zusätzliche Bushaltestelle in der Mühlgasse zu behandeln, allem voran jedoch, den Antrag auf seine Zulässigkeit zu prüfen. Ist in Lonnerstadt die Welt noch in Ordnung? Die Frage stellt sich, wenn man auf Facebook die Messages der „Bürgerinitiative gegen Ungleichbehandlung der Bürger in Lonnerstadt“ verfolgt. „Nach dem Bürgerantrag“, schreibt Giovanni Daniele, Gemeinderat und Sprecher der Bürgerinitiative. Genauso, mit „Bürgerantrag“, muss sich die Marktgemeinde derzeit beschäftigen. Alle übrigen Punkte der Tagesordnung waren rasch abge-

arbeitet. Die Bürgeranträge des fraktionslosen Marktgemeinderats dürfen jedoch bereits im Vorfeld die Verwaltung ziemlich beschäftigt haben. Auf Danieles Antrag vom September, mit dem er eine Änderung der Vergabeprozess für gemeindliche Grundstücke anstrebt, folgte im Oktober ein weiterer: In der Mühlgasse wünscht er sich auf Höhe des Neubaugebietes BA II und des künftigen BA III eine zusätzliche Linien-/Schulbus-Haltestelle. Mit allem, was dazu gehört: sichere Gehwege, Straßenbeleuchtung, Zebrastreifen und/oder Ampel zur Überquerung der Straße. Den Antrag hatten 35 Personen unterzeichnet. Nach Prüfung durch die Verwaltung erfüllen 33 Unterschriften die gesetzlichen Vorgaben.

Bevor jedoch in der Sitzung dieser Punkt aufgerufen wurde, lag ein von Gemeinderat Volkmann Raber gestellter „Antrag auf Akteneinsicht“ zu diesem Bürgerantrag vor. Das heißt, Raber wollte Einsicht in die Unterschriftenlisten nehmen. Auch hier hatte die Verwaltung Vorarbeit zu leisten: Fazit war, dass dem Gemeinderat als ganzem Gremium Akteneinsicht zu gewähren sei, einem einzelnen Ratsmitglied jedoch nicht. VG-Geschäftsleiter Norbert Stoll ließ, nachdem er die rechtliche Seite erläutert hatte, die Liste der Unterschriften in die Runde gehen, so dass jedes Ratsmitglied Einblick nehmen konnte.

Zulässig
Danach erst ging es um die eigentliche Zulassung des Bürgerantrags. Nachdem nur 22 Bürgerunterschriften notwendig und auch alle übrigen Voraussetzungen erfüllt waren, empfahl Stoll, den Antrag auf eine weitere Bushaltestelle zuzulassen. Die Behandlung der drei Monate – also bis spätestens 11. Februar – zu erfolgen. „Über den Sachverhalt müs-

sen wir separat diskutieren“, betonte Bürgermeisterin Regina Bruckmann. Die beantragte Haltestelle liege in der Zuständigkeit der Gemeinde Lonnerstadt. Über die Routen der Buslinien entscheide allerdings nicht die Gemeinde, sondern das Landratsamt. Für Bruckmann heißt das, dass viele Fragen zu klären sind. Sie meint auch, dass die Anwohner befragt werden sollten. Zudem sei eine Kostenermittlung notwendig. „Das kann die Gemeinde nicht selbst machen!“ Die Bürgermeisterin ist zudem der Meinung, dass bei einer Haltestelle auf beiden Straßenseiten etwas gemacht werden muss. „Aufgrund von Gesprächen mit Bürgern habe sie sich bereits mit diesem Thema beschäftigt.“

Bei der ÖPNV-Linie 245 wäre diese Haltestelle wohl möglich, bei der Linie 127 jedoch nicht. Der Fahrplan sei so eng getaktet, dass er die zusätzliche Strecke nicht mehr herbeige. Aufgrund einer groben Schätzung rechnet Bruckmann mit Kosten von etwa 102.000 Euro für die Einrichtung der Haltestelle.

Bei Danieles erstem Bürgerantrag auf Änderung der Vergabeprozess für gemeindliche Grundstücke (der FT berichtete) endet die dreimonatige Frist zur Behandlung am 11. Januar 2022. Bis dahin will die Gemeinde eine „diskussionstaugliche Beschlussgrundlage“ ausarbeiten und Richtlinien erlassen. Dabei will sich die Verwaltung umhören, wie andere Gemeinden mit dieser Thematik verfahren. Danieles Antrag zielt ab auf eine Änderung der aktuellen Vergabeprozess beim Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken an Bürgermeister, Gemeinderäte sowie deren Angehörige. Zudem sollen gemeindeeigene Grundstücke künftig öffentlich ausgeschrieben werden. Von der Verwaltung wurde grundsätzlich festgestellt, dass es für Bürgermeister und Gemeinderäte sowie deren Angehörige keine eigene Vergabeprozess beim Grundstücksverkauf gibt. Wobei ohnehin die Frage zu klären wäre, was der Begriff „Angehörige“ umreißt. Sind damit Kinder, Eltern, Geschwister, oder gar noch weitere Angehörige zu verstehen? Bisher habe man alle Grundstücksverkäufe nach dem gleichen Verfahren behandelt, unabhängig davon, wer Vertragspartner der Gemeinde war, wurde festgestellt.



An der Stelle auf Höhe des Neubaugebietes soll laut Bürgerantrag die Bushaltestelle gebaut werden. Foto: Eva Seeger

Neues Fahrzeug für die FFW Lonnerstadt

LONNERSTADT – Der Marktgemeinderat hat auf seiner jüngsten Sitzung den Weg für ein neues Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Lonnerstadt freigemacht. Das Mehrzweckfahrzeug soll eine Ersatzbeschaffung für den jetzigen Mannschaftstransportwagen sein. Dieser ist bereits 28 Jahre alt, es sei fraglich, ob er im Februar 2023 nochmal durch den TÜV käme, hieß es. Nun will man sich um die Beschaffung eines Mehrzweckfahrzeuges kümmern, das neben dem Transport der Einsatzkräfte auch feuerwehrspezifische Ausrüstung mit an Bord hat.

Zwischen 60.000 und 65.000 Euro wird das wohl kosten. Die Feuerwehr Lonnerstadt habe aber schon vor zwei Jahren beschlossen, 20.000 Euro bei einer Anschaffung zuzusteuern, hieß es in der Tischvorlage. Abgezogen werden muss von den Kosten auch noch der Verkaufspreis des Altfahrzeuges.

Ebenso sollen Fördergelder in Anspruch genommen. Bis die Wehr aber tatsächlich mit neuem Kfz zum Einsatz fahren kann, wird es wohl noch etwas dauern. Bürgermeisterin Regina Bruckmann (FW) sprach davon, dass solche Fahrzeuge eine Lieferzeit von gut 15 Monaten hätten. Nun ist die Verwaltung beauftragt, Angebote einzuholen und Fördermöglichkeiten auszuloten.

Schnellere Infos

Die Gemeinde Lonnerstadt wird Mitglied beim Bayerischen Städtetag. Das hat das Gremium einstimmig beschlossen. Eine Schnuppermitgliedschaft von drei Monaten war nun zu Ende gegangen. Bruckmann berichtete von ihren positiven Erfahrungen mit dem Städtetag. Der habe nämlich weniger Mandanten als der Bayerische Gemeindetag und reagiere bei Anfragen schneller. Auch beim Gemeindetag ist die Gemeinde zwar schon Mitglied, erhofft sich aber durch den zusätzlichen Beitritt unter anderem „eine sinnvolle Ergänzung bei der Informationsbeschaffung“, hieß es in der Tischvorlage. 43 Cent pro Bürger werden jährlich fällig. Für Lonnerstadt heißt das nach derzeitigen Einwohnerstand rund 940 Euro.

Die Entscheidung über die Billigung und das weitere Verfahren für den Bebauungsplan „Edelgraben I und II“ musste vertagt werden. Die Gemeinde wartet noch auf einen Plan des Investors, wie die Gebäude auf dem Sondergebiet stehen sollen. Die Unterlagen wurden für die Tage nach der Sitzung erwartet.

Dafür wurde die Aufstellungsbeschluss zur Ergänzungsatzung „Mailach“ gefasst. Zwei Grundstücke im Norden des Ortes wurden aufgenommen. Im Norden und Westen des Areals gibt es einen sechs Meter breiten Streifen, der zeitgleich schon als Ausgleichsfläche dient. Eine weitere Ausgleichsfläche soll auf einem Grundstück des betreffenden Landwirtes entstehen, erklärte Bürgermeisterin Regina Bruckmann (FW). Ob das Landratsamt mitgehe, sei noch unklar.

Erneut Zoff im Gemeinderat

VERGABEPRAaxis In einem Antrag war suggeriert worden, dass Amtsträger anders an Grundstücke kommen als andere Bürger.

VON MAX DANHAUSER

LONNERSTADT – Erneut hatte der nun parteilose Gemeinderat Giovanni Daniele für Diskussionen im Lonnerstadter Gemeinderat gesorgt. Zunächst ging es um einen Bürgerantrag wegen Vergaberichtlinien bei gemeindlichen Grundstücken.

Einige Gemeinderäte und Bürgermeisterin Regina Bruckmann (FW) scheinen verärgert. Denn in diesem Antrag war suggeriert worden, wer in der Gemeindepolitik ein Amt habe, komme anders an Grundstücke als andere Bürger der Marktgemeinde. Das stellte das Gremium aber im ersten Beschluss richtig.

Man sollte zunächst klar, dass es für die Bürgermeisterin, die Gemeinderäte und deren Angehörige keine eigene Vergabeprozess gebe. Nur mit der Gegenstimme von Daniele war der Beschluss gefasst worden.

Daniele nannte ein Beispiel, wo es seiner Meinung nach zwei Vergabeprozesse gäbe. Man habe einst ein Grundstück neben dem Kindergarten – statt an höchstbietende Interessenten vermittelt – öffentlich ausgeschrieben. Bruckmann bestätigte das Vorgehen nicht vollständig. Man habe das Grundstück ausgeschrieben, weil es keine Interessenten dafür gegeben habe.

Antrag „substanzlos“

Dann machte man sich Gedanken, ob es denn wirklich notwendig sei, schon jetzt Vergaberichtlinien für gemeindliche Grundstücke einzuführen. Denn aktuell und wohl auch in naher Zukunft hätte die Kommune ohnehin nichts zu verkaufen. Danieles Antrag wurde von verschiedenen Seiten als „obsolet“ oder „substanzlos“ bezeichnet.

Von Verwaltungsleiter Norbert Stoll war zu vernehmen, dass die bisherige Vergabeprozess lediglich nicht schriftlich fixiert sei. Auch diese könnte man sich als Richtlinie geben. Ob es diese oder eine andere wird, darüber wird sich der Gemeinderat nun Gedanken machen und Vorschläge ausarbeiten. Dass das geschied, hatte das Gremium zuvor beschlossen. Nur mit der Gegenstimme Danieles.

Bruckmann erklärte ihm, dass es doch gerade hier nach seinem Bürger-



Die Idylle trägt: Schon seit einiger Zeit wird im Lonnerstadter Gemeinderat mit harten Bandagen gekämpft.

antrag für ihn die Möglichkeit gäbe, sich aktiv einzubringen. „Ich bin mit der Vorgehensweise nicht einverstanden, deswegen stimme ich dagegen“, sagte er. Konsens ist schon jetzt, dass künftig der nichtöffentliche Beschluss über einen Grundstücksverkauf in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt gegeben wird.

Lonnerstadt könnte bald einen Raum der Begegnungen für Senioren bekommen. Angedacht ist, in einem barrierefrei zugänglichen Raum im Gemeindehaus eine Art „offenen Treff“ einzurichten, sagte Bürgermeisterin Regina Bruckmann gegenüber diesem Medienhaus. So etwas Ähnliches gäbe es schon für Jugendliche. Start des neuen Projektes könnte schon im Januar sein.

Schon in der Sitzung vor einem Monat gab es im Marktgemeinderat Lonnerstadt wieder einen neuen Bürgerantrag. Giovanni Daniele übergab ihn. Darin wollten die Antragsteller

in der Mühlgasse auf Höhe des Neubaugebietes unter anderem eine zusätzliche Schulbus-Haltestelle, ebenso wie sichere Gehwege, Straßenbeleuchtung, einen Zebrastreifen oder eine Ampelanlage. Damit wollte man erreichen, dass andere potenzielle Gefahrenstellen ohne Gehweg und Beleuchtung von Schulkindern erst gar nicht mehr betreten werden, heißt es im Antrag.

Eine Liste mit 35 Unterschriften reichte Daniele mit ein. Für den Bürgerantrag wären 22 notwendig gewesen. Die Verwaltung prüfte die Unterschriften und befand zwei davon für nicht zulässig.

Schon in der vorhergehenden Sitzung beantragte Gemeinderat Volkmann Raber die Einsichtnahme in die Unterschriftenliste. Da aber Räte fehlten, konnte darüber „wegen fehlender Dringlichkeit“ nicht abgestimmt werden, so die Tischvorlage. Nun wurde in der jüngsten Sitzung

darüber beraten. „Der Gemeinderat hat grundsätzlich das Recht, die Verwaltung zu überwachen“, sagte Stoll in der Sitzung.

Somit dürfe auch ein solcher Antrag auf Einsicht gestellt werden. Er habe einfach wissen wollen, welche Bürger aus welchen Teilen von Lonnerstadt das Vorhaben befürworteten würden, begründete Raber auf Anfrage seinen Antrag. Der ging auch mehrheitlich durch. Nur Daniele votierte dagegen. Ein einzelner Gemeinderat könne aber nicht Einsicht nehmen. Vielmehr müsste das Gremium eine Person beauftragen oder sich die Liste gemeinsam ansehen. Die bekam dann jedes Gremiummitglied einmal in die Hand.

Der Bürgerantrag wurde anschließend einstimmig zugelassen. Drei Monate hat das Gremium nun Zeit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Doch schon vorher hat die Kommune erste Informationen eingeholt und den einzelnen Räten mit auf den Weg gegeben. Verwaltungsleiter Norbert Stoll sprach von einer „geteilten Zuständigkeit“ bei den Bushaltestellen.

Hohe Kosten

Natürlich habe die Kommune das Recht, dort eine Bushaltestelle zu errichten. Ob dort aber auch ein Bus fahre, entscheide das Landratsamt. Das wäre wohl nur bei der Linie 245 möglich und auch nur dann, wenn es in der Mühlgasse ein absolutes Halteverbot gäbe, sagte Bürgermeisterin Regina Bruckmann.

Sie hatte auch vorab Gespräche mit einem Planer geführt. Gut 100.000 Euro würde eine Bushaltestelle auf einer Seite kosten. Eine zweite auf der anderen Straßenseite würde aber wohl ebenso notwendig sein. Jedoch: Die Bushaltestellen lagen zu nah an der Schule. Für Grundschüler würde dann keine Kostenfreiheit mehr bestehen. Die Voraussetzungen für die mögliche Umsetzung und weitere Details werden nun weiter geklärt.

Am 27. November wird es in der Grundschulaula einen offenen Impfungstag geben. Von 14 bis 18 Uhr können sich Menschen dort ihre Erst-, Zweit- oder Auffrischungsimpfung holen. Eine Voranmeldung hierzu ist nicht nötig.

Weiter gehts mit der Sitzung vom 13.12.2021 auf der nächsten Seite...

In der **Marktgemeinderatsitzung am Montag, den 13.12.2021** befassten wir uns mit folgenden Punkten.

Bauanträge

Zu dem Vorhaben auf Fl. Nr. 388/6 und 388/14 (ehem. Effenberger-Anwesen) Wohnraum zu schaffen gibt es Neuigkeiten. Der Planer hatte einen neuen Entwurf ausgearbeitet.

Es sollen 4 Häuser mit je 4 Wohnungen im Stil von Reihenhäusern entstehen.

So wie es bisher aussieht hält der Entwurf die Vorgaben ein. Wir stimmten zu, dass wenn der städtebauliche Vertrag unterzeichnet, eine Bauvoranfrage vorgelegt wird und alle Vorgaben darin eingehalten werden, in der nächsten Sitzung den Aufstellungsbeschluss für die notwendige Änderung des Bebauungsplans zu fassen.

Des weiteren stimmten wir folgenden Bauanträgen nach entsprechender Planeinsicht zu. Diese werden nun an das Landratsamt weitergeleitet und dort baurechtlich geprüft.

- Errichtung eines Doppelhauses mit 4 PKW-Stellplätzen auf Fl. Nr. 1235/4, Gemarkung Lonnerstadt
- Neubau Einfamilienhaus mit Garage und Carport auf Fl. Nr. 51 Gemarkung Mailach
- Neubau eines Wohnhauses auf Fl. Nr. 19 Gemarkung Mailach
- Erweiterung einer bestehenden landwirtschaftlichen Maschinenhalle mit Errichtung eines offenen landwirtschaftlichen Geräteunterstandes auf Fl. Nr. 159/1 Gemarkung Fetzelhofen.

Zum Punkt Bauleitplanungen der Gemeinde lagen keine Sachverhalte vor und auch zum Punkt Bauleitplanungen von Nachbarkommunen lagen keine Anträge zur Abgabe von Stellungnahmen vor.

Der nächste Tagesordnungspunkt war der Bürgerantrag vom 06.09.2021 – Änderung der Vergabepraxis für Gemeindegrundstücke.

Es wurde von den 3 Bürgermeistern eine Vorlage erarbeitet (der Initiator hatte sich -wie erwartet- nicht beteiligt).

Es wurde der Vorschlag diskutiert und Vor- und Nachteile der einzelnen Punkte abgewogen.

Letztendlich wollten wir heute die Richtlinien nicht beschließen und verschoben daher das Thema auf die Januar Sitzung. (siehe beiliegender Zeitungsartikel Fränkischer Tag Freitag 17.12.2021)

Nächster Punkt war die Parksituation gegenüber der Bauhofeinfahrt. Da hier immer wieder parkende Autos die Zufahrt behindern wurde beschlossen, für dieses Stück Parkverbotschilder aufzustellen.

Danach kam der Zuschussantrag zur Renovierung der Pfarrkirche St. Oswald auf die Tagesordnung. Wir stimmten einem Renovierungszuschuss in Höhe von 10.000,- Euro zu. (siehe beiliegender Zeitungsartikel Fränkischer Tag Freitag 17.12.2021)

Leider mussten wir im nächsten Punkt der Tagesordnung eine Änderung des Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung beschließen. Wir sind gezwungen hier kostendeckend zu arbeiten und die Gebührenkalkulation für 2022 zeigt auf, dass eine Erhöhung der Einleitungsgebühr um 0,05 Cent erforderlich ist.

Somit wurde die neue Einleitungsgebühr von 2,25 € pro m³ beschlossen.

(siehe beiliegender Zeitungsartikel Fränkischer Tag Samstag 18/19.12.2021)

Punkt 9 war der Jahresantrag zur Städtebauförderung.

Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms ist für das Jahr 2022 ein Antrag bei der Regierung Mittelfranken einzureichen. Herr Müller-Maatsch stelle den Antrag vor und anschließend wurde dieser Einstimmung beschlossen. (siehe beiliegender Zeitungsartikel Fränkischer Tag Samstag 18/19.12.2021)

Als nächstes informierte Gerrit den Marktgemeinderat über den Stand der Planungen für die 1111+1 Jahrfeier. Die Planungen gedeihen und sind schon weit fortgeschritten - hoffentlich macht uns 2022 Corona keinen Strich durch die Rechnung.

Etliche von euch sind ja in diesem Arbeitskreis eingebunden, alle anderen können gerne Gerrit um weitere Informationen bitten. Oder verfolgt einfach Facebook - Gerrit füttert das immer wieder mit Infos. <https://www.facebook.com/freiewaehler.lonnerstadt>. Es soll aber auch bald eine eigene Homepage dazu geben

Dann waren wir beim Punkt Bekanntgaben aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung. Regina informierte über die Vergabe der Küche des Kindergartens und die Kostenübernahme des Führerscheins für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Lonnerstadt durch die Gemeinde.

Das wars vom 13.12....

Hier der nächste Termin: (Aula Schulhaus Lonnerstadt)

17.01.2022 um 19.00 Uhr Gemeinderatssitzung

Unsere Adressen:

Homepage...

<https://freie-waehler.lonnerstadt.de>

unter Facebook...

<https://www.facebook.com/freiewaehler.lonnerstadt>

und die Gemeinde unter Facebook...

<https://www.facebook.com/BGM.Regina.Bruckmann/>

Und die Sitzungstermine 2022 (zum Vormerken):

Montag, 17. Januar 2022, 19.00 Uhr
Montag, 14. Februar 2022, 19.00 Uhr
Montag, 14. März 2022, 19.00 Uhr
Montag, 11. April 2022, 19.00 Uhr
Montag, 09. Mai 2022, 19.00 Uhr
Dienstag, 07. Juni 2022, 19.00 Uhr

Montag, 04. Juli 2022, 19.00 Uhr
Montag, 01. August 2022, 19.00 Uhr
Montag, 12. September 2022, 19.00 Uhr
Dienstag, 04. Oktober 2022, 19.00 Uhr
Montag, 31. Oktober 2022, 19.00 Uhr
Montag, 28. November 2022, 19.00 Uhr
Montag, 19. Dezember 2022, 19.00 Uhr

Zeitungsberichte Dezember-Sitzung

Fränkischer Tag Freitag 17.12.2021

GEMEINDERAT

Renovierung von St. Oswald wird teurer als gedacht

VON UNGERER MITARBEITERIN EVI SEEGER

Lonnerstadt – Die Lonnerstadter Kirche Sankt Oswald bedarf einer umfangreichen Renovierung, die nach neuesten Erkenntnissen kostspieliger wird als ursprünglich angenommen (wir berichteten). In der Sitzung lag den Marktgemeinderäten ein Schreiben von Pfarrer Andreas Sauer vor, mit dem er bei der Gemeinde um einen Zuschuss zur Kirchenrenovierung nachsucht.

Die vom Architekten errech-

neten Kosten belaufen sich auf 1 070 000 Euro. Die Marktgemeinderäte beschlossen, die Kirchenrenovierung mit einem Zuschuss von 10 000 Euro zu unterstützen.

Für die „Änderung der Vergabep Praxis für Gemeindegrundstücke“, einem Tagesordnungspunkt der jüngsten Sitzung, gibt es offensichtlich noch Diskussionsbedarf. Der auf einem Bürgerantrag von Gemeinderat Giovanni Daniele basierende Punkt wurde per Beschluss in die Januar-Sitzung

verschoben. Mit der Überschreitung der Behandlungsfrist zeigte sich Gemeinderat Daniele einverstanden. Grundsätzlich hätte der Bürgerantrag innerhalb von drei Monaten im Gemeinderat behandelt werden müssen. Richtlinien für Grundstücksverkäufe der Gemeinde hatte die Verwaltung für die letzte Sitzung bereits vorbereitet. Nach dieser „Richtschnur“ wird künftig beim Grundstücksverkauf wohl ein Punktesystem Anwendung finden.

Punkten können Familien mit

Kindern. Mit Punkten bewertet werden auch das Vorliegen einer Behinderung, sowie ehrenamtliche oder gemeinnützige Tätigkeiten. Weitere Kriterien könnten der Wohnsitz oder die Berufstätigkeit in der Marktgemeinde als auch die Dauer der Bewerbung um ein Grundstück sein.

Die überarbeiteten Richtlinien, die in der Januar-Sitzung diskutiert werden, dürften den bereits vorgelegten ähneln, meint Bürgermeisterin Regina Bruckmann.



Die Kirche St. Oswald in Lonnerstadt
Foto: Ronald Rinkief

GEMEINDERAT

Gebühren für Abwasser steigen

Lonnerstadt – Die Abwassergebühren der Marktgemeinde werden sich ab dem kommenden Jahr um fünf Cent – von 2,20 Euro auf 2,25 Euro je Kubikmeter – erhöhen. Die Erhöhung, der eine Gebührenkalkulation zugrunde liegt, wurde in der jüngsten Sitzung des Marktgemeinderats beschlossen. Diskutiert wurde in der Sitzung auch, dass künftig weitere Kosten zu erwarten sind. Wie Bürgermeisterin Regina Bruckmann erklärte, wird sich auch die Abwasserentsorgung aus dem Ortsteil Ailsbach auf die Gebühren auswirken. Bruckmann kündigte daher an, dass sich das Ratsgremium im kommenden Jahr intensiv mit den Gebühren befassen müsse. „Um die vorliegende Erhöhung von fünf Cent kommen wir dennoch nicht herum“, so die Bürgermeisterin.

Den Jahresantrag zur Städtebauförderung für das Jahr 2022 stellte Städteplaner Frieder Müller-Maatsch vor. Was davon realisiert werden könne, müsse man sehen, so Bruckmann. Sicher ist sie sich, dass die mit 150 000 Euro in der Städtebauförderung angesetzte Maßnahme für einen sicheren Schulweg angepackt werden muss. Dazu zählen die Querung oberhalb des Spielplatzes, der Lückenschluss an der Bergstraße, die Straße an den Kellern und der Rote-Berg-Weg. Im gesamten Bereich sollen für sichere Schulwege Gehwege und Straßenbeleuchtung „optimiert“ werden. *see*